



Kulturpolitische Gesellschaft e.V. Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Geschichte braucht Zukunft

Neue Aufgaben der Kulturpolitik und der politischen Bildung

Erklärung zum fünften Kulturpolitischen Bundeskongress kultur.macht.geschichte –
geschichte.macht.kultur am 11./12. Juni 2009 in Berlin

Das neue Interesse an Geschichte

Seit einiger Zeit ist ein neues Interesse an Geschichte in Politik, Medien und Gesellschaft zu beobachten. Geschichtsrelevante Jubiläen und runde Jahreszahlen sind häufig Anlass für öffentliches Erinnern und Gedenken. Historische Themen sind zunehmend Gegenstand aufwändig inszenierter Ausstellungen und Filme. Romane und interaktive Spiele mit geschichtlichen Inhalten und Bezügen erreichen ein Massenpublikum. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in historischen Vereinen und Initiativen. Geschichte ist auf neue Weise zum festen Bestandteil der Alltagskultur und der Kulturindustrie geworden. Der Trend zur Gründung neuer Museen ist ungebrochen. Die Rekonstruktion von baulichen Zeugnissen der Stadt- und Industriegeschichte ist ein Attraktionsfaktor des Kulturtourismus. Zugleich hat das Interesse der Politik an historischen Themen und das Bedürfnis nach symbolischer Selbstvergewisserung insgesamt zugenommen.

Geschichtspolitik im gesellschaftlichen Wandel

Öffentliches Erinnern und Gedenken sowie die Vermittlung historischen Wissens sind Gegenstand der Kulturpolitik und der politischen Bildung. Deren Voraussetzungen haben sich verändert. Der europäische Einigungsprozess und die multikulturelle Bevölkerungsstruktur setzen die deutsche Geschichte und ihre traditionellen nationalen Erzählungen in einen erweiterten Bezugsrahmen und führen zu einer Pluralisierung der Geschichtsbilder. Der Wandel der Medienlandschaft relativiert die zentrale Bedeutung des schulischen Geschichtsunterrichts und der öffentlichen Institutionen der Geschichtsvermittlung. Die medial aufbereiteten Erzählungen konkurrieren zunehmend erfolgreich mit den klassischen Bildungsinstanzen in Bezug auf Bildung, Unterhaltung und Vermarktung. Globalisierung und Digitalisierung verändern die Wahrnehmung und Dokumentation historischer Entwicklungsprozesse. Der demografische Alterungsprozess der Gesellschaft verstärkt das Bedürfnis nach Orientierung in einer unübersichtlicher gewordenen Welt sowie nach Rückbesinnung auf selbst Erlebtes. Historische Erzählungen dienen dafür als Material.

Kulturpolitik ist Geschichtspolitik

Kulturpolitik und politische Bildung müssen sich dem neuen Interesse an Geschichte und den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen öffnen, Motive analysieren und eine zeitgemäße Erinnerungskultur entwickeln und befördern.

1. Der deutsche und europäische Einigungsprozess setzt ein neues historisches Bewusstsein voraus – Osteuropa eingeschlossen. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gilt es, eine „Neu-Verortung“ der deutschen Geschichte nach 1989 vorzunehmen, die Teil einer europäischen Erinnerungskultur ist. Für den Geschichtsunterricht wie für die Konzeptionen der Historischen Museen wird ein neues europaorientiertes Geschichtsbild zu entwickeln sein. Dabei müssen überkommene historische Erzählungen korrigiert werden. Die Kulturpolitik wie die von ihr geförderten Institutionen sind dafür mit verantwortlich.

2. In einer multikulturellen Gesellschaft sind die alten Bezugsrahmen geschichtlicher Themen in Frage gestellt. Es wird notwendig sein, gemeinsame Inhalte mit Blick auf die konfliktreiche historische Entwicklung zu finden. Es fehlen Studien über das kulturelle Gedächtnis in Einwanderungsgesellschaften ebenso wie Konzepte der "Gedächtnis- oder Erinnerungspolitik" für Einwanderungsgesellschaften, die sich von historischen Mythen lösen und neue Traditionen begründen.

3. Die fortschreitende Digitalisierung wirft grundsätzliche Fragen für alle gesellschaftlichen Bereiche auf. Sie beschleunigt und beeinflusst die Kommunikation der Menschen. Sie erleichtert den Zugriff auf Informationen und Archive und komprimiert und verändert die Speichermedien. Die Wahrnehmung der Zeitläufe verändert sich, ebenso der Diskurs über Geschichte wie unser Verständnis von Vergangenheit und historischer Entwicklung. Die Auseinandersetzung mit den Folgen der Digitalisierung wird zu einer zentralen Querschnittsaufgabe der Kulturpolitik.

Zukunft braucht Erinnerung: Erinnerung wird nur lebendig bleiben, wenn sie offen für neue Argumente und Deutungen der ihr zugrunde liegenden geschichtlichen Ereignisse, ihrer Symbole und Mythen ist und sich selbst verändern kann. Stellen sich Gedenken und Erinnerung nicht der Gegenwart, werden sie zur Folklore. Aufarbeitung des Vergangenen bedeutet deshalb in diesem reflexiven Sinne die andauernde Vergewisserung über die historischen Fakten wie über die Gründe ihrer möglichen Verdrängung. Politische und kulturelle Bildung sind dabei in besonderem Maße verpflichtet, ein politisches Bewusstsein zu fördern, das auf Demokratie, Toleranz und Pluralismus gründet.

Ohne Zukunft keine Geschichte

Die Themen Geschichte, Erinnerung und Gedächtnis müssen in Zukunft deshalb neu in den Fokus der Kulturpolitik rücken. Der emanzipatorische Impuls, aus der Geschichte zu lernen, wird dabei weiterhin ein zentraler Topos bleiben. Die Kenntnis historischer Prozesse fördert die Bereitschaft zu gesellschaftlichen Veränderungen. Der kultur- und geschichtspolitische Diskurs gewinnt seine Bedeutung aber nicht nur aus der Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern auch aus der Verantwortung für die Zukunft. Bedrohliche Zukunftsszenarien wie die Klimakatastrophe zeigen, dass die Natur nicht grenzenlos auszubeuten ist, dass der Mensch nur mit der Natur, nicht gegen sie überleben kann. Deshalb bedarf es einer Korrektur der historisch begründeten Fortschrittsbilder und des ökonomischen Wachstumsdenkens. Damit Perspektiven für die Zukunft entwickelt werden können, muss eine neue nachhaltige Geschichtstradition begründet werden. Wir brauchen nicht nur Bilder der Vergangenheit, sondern auch Erzählungen, die eine Vorstellung vom guten Leben in der Zukunft ermöglichen. Kulturpolitik und politische Bildung können dazu beitragen, dass solche Visionen entstehen.

Berlin, 11. Juni 2009